

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2024

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

leere Kassen, düstere Wirtschaftsprognosen, galoppierende Preise, Koalitionsstreitereien in Berlin, das Erstarken der Rechtsradikalen und die angespannte weltpolitische Lage; es gibt viele Gründe, besorgt zu sein und gelähmt in eine düstere Zukunft zu blicken. Davon lassen wir uns nicht anstecken. Dafür ist der vorliegende Haushalt der eindrucksvolle Beweis. Während andere Kommunen in NRW den schlechten Zustand ihrer Schulen in Funk und Fernsehen beklagen, setzen wir die Investitionsoffensive in den Schulstandort Lüdinghausen fort. Mit der Erweiterung der Ostwallschule, der Fortsetzung der Sanierung der Sekundarschule und dem Neubau des Multifunktionsraum an der Mariengrundschule werden hier weitere Weichen für attraktives Lernumfeld für unsere Kinder gestellt. Die aktuellen Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen sind der beste Beweis, dass diese Politik eine Politik für die Kinder und deren Eltern ist. Dabei wird es uns in Seppenrade zusätzlich mit dem Multifunktionsraum gelingen, einen dringend benötigten Aufenthaltsort für Vereine und Gemeinschaften im Dorf herzustellen. Die Nutzung des Gebäudes zu Schul- und Vereinszwecken ist eine Investitionsidee, die zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt.

Ohnehin, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Förderung des Vereinslebens der Kitt, der die Stadtgesellschaft zusammenhält und den Gemeinschaftssinn stärkt. Deshalb bleiben Zuschüsse an Vereine und Gemeinschaften auch in diesem Haushalt unangetastet. Deshalb wird in diesem Jahr mit der Errichtung der Umkleidekabinen und dem Bau des Basketballfeldes auf dem Stadion Westfalenring begonnen. Deshalb unterstützt die CDU auch in Zeiten knapper Kassen die Anschaffung des neuen Ruderbootes für den Ruderverein, die Sanierung des Sportlerheims und die Ertüchtigung der Seppenrader Reitanlage.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

wir schlagen auch das nächste Kapitel in der Stadtentwicklung auf. Der Park der Generationen stand beim Fördergeber schon mal auf der Kippe. Im Haushaltsjahr 2024 wird der Park realisiert. Das Umfeld der Villa Westerholt wird deutlich aufgewertet. Im Ostwallquartier haben wir durch vorausschauende und kluge Grundstücks politik die Voraussetzung geschaffen, die Verbindungsachse zwischen der Innenstadt und den Geschäften sowie Parkmöglichkeiten an der Konrad-Adenauer-Straße zu vervollständigen. Die CDU-Fraktion

sieht auf einem Teilbereich der Fläche auch die Chance eine moderne Mobilstation mit erweitertem Parkangebot, hochwertigen Radabstellanlagen, E-Ladesäulen komfortable Übergangsmöglichkeiten zum ÖPNV zu schaffen. So sieht es das Mobilitätskonzept vor. Es geht dabei auch darum, wegfallende Parkmöglichkeiten in Stadtnähe auszugleichen und den Dauerparkern ebenso gerecht zu werden wie dem Park-und Rideverkehr. Mit der Überarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes werden wir uns in diesem Jahr schon mit dem Thema beschäftigen.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

es mangelt uns nicht an Ideen und Plänen, die unsere Stadt noch lebenswerter machen, aber auch wir spüren die galoppierenden Kosten deutlich im städtischen Portemonnaie. Wir wollen im Jahre 2024 4.625.000 € mehr ausgeben als wir einnehmen. Damit hat das geplante Defizit eine Größenordnung erreicht, die alles in jüngerer Vergangenheit da Gewesene übertrifft. Der Kämmerer hat uns sogar vorgerechnet, dass wir mittelfristig alle Rücklagen aufgezehrt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU wird sich nicht auf dem Rücklagenpolster ausruhen. Ich kann Ihnen hier und heute versichern, dass die CDU nichts unversucht lassen wird, den Verzehr aller Rücklagen und den Einstieg in die Schuldenspirale zu verhindern. Wir nehmen dieses Defizit für das Jahr 2024 in Kauf, weil die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, dass die tatsächlichen Ergebnisse die geplanten Ergebnisse deutlich übertroffen haben. Insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen haben in den vergangenen Jahren immer unsere Erwartungen deutlich übertroffen und eilten von Höchstwert zu Höchstwert. Das ist natürlich den Lüdinghauser Unternehmen zu verdanken. Es ist gleichzeitig ein Auftrag an die Politik, den wirtschaftlichen Leistungsträgern Erweiterungsmöglichkeiten und günstige Rahmenbedingungen zu bieten. Unternehmer werden Lokalpatrioten und bleiben dort, wo sie wertgeschätzt und willkommen sind. Ein Ausdruck der Wertschätzung ist auch, dass im Jahre 2024 die Hans-Böckler-Straße saniert wird. Die dafür erforderlichen Mittel wurden bekanntermaßen bereits im Jahresabschluss 2022 reserviert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Verlaufe der Haushaltsberatungen ist es gelungen, dass geplante Defizit um 1,5 Mio€ zu reduzieren. Das mag an den Rechenkünsten des Kämmers liegen, wie die Westfälischen Nachrichten meinen. Eine wesentliche Ursache ist aber auch, dass geplante Erlöse aus Grundstücksverkäufen des Jahres 2023 in Höhe von 1,33 Mio€ erst im Haushaltsjahr 2024 kassenwirksam werden. Hier wird deutlich, dass nach wie vor Erlöse aus Grundstücksverkäufen für unsere Haushalte unverzichtbar sind. Wir hängen am Tropf von Grundstücksverkäufen, obwohl schon heute erkennbar ist, dass die Grenzen des Wachstums mittelfristig erreicht sind. Es kommt aktuell darauf an, letzte große Potentialflächen wie das geplante Baugebiet am Aabach in größtmöglicher Größe zu mobilisieren. Nur so können wir dem Wohnungsmangel begegnen und gleichzeitig unsere Haushalte - wenn auch nur mittelfristig - stützen.

Der Kämmerer Armin Heitkamp hat es in seiner Haushaltsrede gesagt: Allein die Personalkosten steigern sich um 1,4 Mio € oder 10 %. Leistungsfähiges Personal ist gerade in Zeiten von Personalknappheit ein Schatz und muss angemessen bezahlt werden. Leistungsträger müssen auch befördert oder höhergruppiert werden. Wir haben in diesem Haushalt weitestgehend darauf verzichtet, diese dauerhaften Mehrkosten mit Steuer- und Gebührenerhöhungen zu refinanzieren. Die Erträge halten nicht mehr Schritt mit den Aufwendungen.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

diese Gemengelage ist ein Fingerzeig dafür, dass wir Strukturveränderungen benötigen, Strukturveränderung bei der Abarbeitung der städtischen Aufgaben und Strukturveränderungen bei der finanziellen Absicherung des städtischen Haushaltes.

Und da haben Sie, Herr Bürgermeister, mit den vorgelegten Haushalt einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die Einrichtung des neuen Fachbereiches Technische Dienste verursacht natürlich zunächst weitere Personalkosten. Wir erwarten, dass diese Maßnahme die störungsfreie Umsetzung von Baumaßnahmen in unserer Stadt signifikant begünstigt. Wir erwarten, dass sich die Umsetzung von Baumaßnahmen beschleunigen wird. Wir werden im Jahre 2025 nicht mehr über die Straße „Auf den Äckern“ reden, die uns seit 2022 bei den Haushaltsberatungen begleitet. Wir werden im Jahre 2025 nicht mehr über die Stadtfeldstraße reden, deren Ausbauplanung seit 2017 Thema in den Fachausschüssen ist. Denn diese Maßnahmen, da bin ich zuversichtlich, sind dann neben anderen im Haushalt veranschlagten Projekten umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung.

Und damit tun wir genau das, was die Menschen in unserer Stadt sich von den Kommunalpolitikern wünschen: Sie wollen, dass den Ankündigungen auch Taten folgen.

Zeitenwende, Doppel-Wumms, Deutschlandpakt, Wohnbauoffensive an großen Worten mangelt es dem Bundeskanzler nicht. Leider versanden die Pläne allzu oft im Dickicht des Koalitionsgezänk. Genau diese Diskrepanz zwischen Ankündigungspolitik und Umsetzungspolitik ist einer von vielen Mosaiksteinchen, die zur Politikverdrossenheit führen und Wählende in die Arme der Radikalen treiben.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

auch was die Absicherung der städtischen Finanzen angeht, betritt dieser Haushalt Neuland. Künftig könnte eine städtische Beteiligungsgesellschaft wegfallende Einnahmen aus Grundstücksverkäufen zumindest teilweise kompensieren. Es ist noch ein zartes Pflänzchen, was hier gedeihen könnte. Während die Stadt die für den Ausbau erneuerbarer Energien notwendigen Bebauungspläne aufstellt, wird die Beteiligungsgesellschaft sich einen Anteil an den Einnahmen sichern. So ist der Plan, der bereits im Bauausschuss beschlossen wurde. Die Idee, dass diejenigen, die dort leben, wo die Energieerzeugungsanlagen aufgestellt werden, auch von deren Ertragskraft profitieren, wird so mit Leben gefüllt, sichert der Stadt Einnahmen und trägt zu Akzeptanz der erneuerbaren Energien bei. Die CDU wird den Prozess unterstützen und eine adäquate Risikoverteilung im Auge haben. Denn Kommunen sind selten die besseren Unternehmer.

Darüber hinaus werden wir die Entwicklung der städtischen Einnahmen im Haushaltsjahr 2024 genau beobachten. Heute ist nicht ausgeschlossen, dass wir künftig neben der vollzogenen, maßvollen Erhöhung der Parkgebühren und der Hundesteuer, die seit Jahrzehnten unverändert ist, weitere Einnahmequellen erschließen müssen, wie beispielsweise die Grundsteuer C.

Dessen ungeachtet müssen wir zuallererst an die Aufwendungen ran. Zwar ist es im Verlauf der Haushaltsberatungen zu der einen oder anderen Einsparungen gekommen. In der Summe ist das deutlich zu wenig. Auch die seit der letzten Haushaltsberatung bestehende Finanzkommission hat nur sehr bescheidene Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht. Trotzdem sollten wir der Kommission in diesem Jahr noch mal die Chance geben. Wir wünschen uns dabei, dass der Stellenplan und die Aufwandspositionen noch transparenter gemacht werden.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

aus den vielen guten Maßnahmen, die dieser Haushalt enthält, will ich stellvertretend diese beiden erwähnen:

1. Eine gute und ausreichende Gesundheitsversorgung ist ein unverzichtbarer Standortfaktor für unsere Stadt. Hier setzt das Förderprogramm für die Neuansiedlung von Ärzten einen bedeutenden Impuls. Und dieser Impuls kommt zur rechten Zeit. In unserer Stadt sind Hausarztsitze schon heute unbesetzt. Die Altersstruktur der praktizierenden Ärzte und Ärztinnen lässt in wenigen Jahre zur Ruhe Setzung erwarten. Wenn Pläne für Schließungen von Arztpraxen erst einmal auf dem Tisch liegen, ist es oftmals zu spät. Das haben die Pläne über die Schließung der Notarztpraxis in Lüdinghausen gezeigt. Deshalb müssen wir jetzt die Anreize für Neuansiedlung und Nachfolgemanagement für Arztpraxen setzen. Das Förderprogramm ist ein erster Schritt. Die CDU-Fraktion wird die Zukunftsfähigkeit der Gesundheitsversorgung mit weiteren Ideen und Vorschlägen unterstützen. Auch ein kommunales medizinisches Versorgungszentrum fällt nicht unter die Denkverbote, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.
2. Dieser Haushalt setzt auch Akzente für den Erhalt unserer Straßennetze. Unterlassens Instandsetzungsmaßnahmen der Vorjahre für die Straßen und Wege werden im Jahr 2024 nachgeholt. Es stehen darüber hinaus im laufenden Haushaltsjahr 200.000,00 € für diese Zwecke zur Verfügung. Das Wegekonzept, das auf Betreiben der CDU-Fraktion im Haushaltsjahr 2024 erstellt wird, wird uns den Zugang zu Fördertöpfen für die grundlegende Sanierungen von Straßen im Außenbereich eröffnen. Diese Maßnahmen kommen nicht nur den Bewohnern im Außenbereich zugute, sondern sind auch für Radfahrende und Touristen ein Segen.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverordnete,

der Haushalt strahlt in Zeiten, wo sich viele Menschen Sorgen um ihre eigene Zukunft und die Zukunft unseres Landes machen, eine wohltuende Zuversicht und Entschlossenheit aus.

Der Haushalt gibt uns auch den Auftrag im Interesse der Generationengerechtigkeit unsere Hausaufgaben zu machen, damit unsere Kinder nicht unsere Versäumnisse abarbeiten müssen, sondern auf der Grundlage gesunder Finanzen ihre eigene Zukunft gestalten können. Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Danke sage den anderen Fraktionen für die aus meiner Sicht konstruktiven und ergebnisorientierten Haushaltsberatungen.

Danke sage ich im Namen der CDU-Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für ihre tagtägliche, engagierte Arbeit insbesondere dem Kämmerer Herrn Heitkamp mit seinem Team für den vorliegenden Haushalt.

Danke sage ich auch unserem neuen Beigeordneten Achim Helbert. Mit engagiertem Einsatz hat er sich in kürzester Zeit den Herausforderungen in unserer Stadt gestellt. Für ihn ist der erste Haushalt, den er zusammen mit unserem Bürgermeister umsetzen muss. Viel Erfolg dabei!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Etatrede 2024

Eckart Grundmann

Anrede,

Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch an die Etatrede unserer Fraktion aus dem vergangenen Jahr? Melanie Vogel und ich haben unmissverständliche Kritik an unserem Herrn Bürgermeister geübt. Doch haben wir bei aller Schärfe versucht, die kritischen Worte anhand konkreter Sachverhalte zu belegen. Und wir haben im Nachgang zu dieser Rede gute Gespräche mit dem Bürgermeister führen können. Nach unserer Wahrnehmung hat sich die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr wieder deutlich verbessert, Verwaltungsspitze und Grüne Fraktion haben sich angenähert, sind in einen förderlichen Dialog getreten. Dieses Fazit bestärkt uns darin, auch weiterhin konstruktive Kritik zu üben, wenn wir Verbesserungsbedarf sehen.

In vielen Bereichen stellt sich heute weniger die Frage nach der Positionierung der Verwaltung, als vielmehr die Frage nach der Positionierung der CDU. Ist die hiesige christdemokratische Fraktion in der Lage, die drängenden Fragen der Zeit zu erkennen und zeitgemäße Antworten darauf zu finden? Allzu oft scheint es, dass man diese Frage verneinen muss. (Ich komme gleich beim Thema Klimaschutz noch einmal darauf zurück).

Erinnern Sie sich noch? Seit 15 Jahren ist in NRW die Kammeralistik Geschichte. Sie wurde im Zuge des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) durch die Doppik ersetzt, ergänzt um Produkte, die ein Budget bilden. Wir haben 6 solcher Budgets. Warum erzähle ich das? Diese Finanzarchitektur ermöglicht es der Verwaltung, Ein- und Ausgaben vergleichsweise einfach zu verschieben (Gebührenhaushalte sind davon natürlich ausgenommen). Damit soll Verwaltungshandeln einfacher werden. Der Kämmerer spricht hier von wechselseitiger Deckungsfähigkeit. Daher ist die Art und Weise der Etatberatungen, getriggert insbesondere durch die Mehrheitsfraktion, schlichtweg anachronistisch. Der Etat wird akribisch Zeile um Zeile durchkämmt, die Ausgabenhöhe jeder einzelnen Position hinterfragt. Aber am Ende des Tages spielen diese Teilbeträge keine große Rolle, Stichwort Deckungsfähigkeit! Ich bewundere den Fleiß unseres Kämmerers, mit der akribisch gepflegten und verwalteten FAQ-Liste den Wissensdurst der Ratsmitglieder zu stillen. Ich ziehe meinen Hut: Herr Heitkamp, Sie haben dieses Beratungsverfahren mit dem Hilfsmittel FAQ-Liste sehr effizient gelöst. Ich frage Sie aber alle in dieser Runde: Ist diese Form der Beratung auch effektiv? Was kommt am Ende dabei herum? Das NKF mit seiner flexiblen Ausgabenführung wurde doch gerade deshalb eingeführt, damit sich die Politik nicht in kleinteiligen Zahlendrehereien verliert, sondern sich auf die wesentlichen Entscheidungen fokussiert. Ich wünschte mir, dass wir hier im Lüdinghauser Rat künftig gemeinsam ein modernes Verständnis der Arbeit am und mit dem Haushalt entwickeln. Vielleicht wären gemeinsame Fortbildungen ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen?

Digitalisierung und Transformation

Diese beiden Begriffe sind in aller Munde, und das zu Recht. Denn ohne den konsequenten Umbau – also der Transformation – unserer Wirtschaft und unseres gesamten Gesellschaftslebens hin zu „net zero“, also Null CO₂-Emissionen, werden wir als Menschheit nicht überleben können. 50 Unternehmen der Stiftung Klima Wirtschaft – etwa Thyssenkrupp, Telekom, IKEA, aber auch GLS-Bank oder die Naturstrom AG – stellen sich hinter dieses Ziel. Sie fordern aber auch effizientere Prozesse sowie weniger Bürokratie bei Bund, Ländern und Kommunen. In dem Apell vom 27.1.2024 heißt es u.a. wörtlich: „Wir müssen in eine vollumfänglich digitalisierte Verwaltung und in gut ausgebildete Fachkräfte in den zuständigen Behörden investieren. Genehmigungsprozesse und Fördermaßnahmen müssen in allen Bereichen beschleunigt, vereinheitlicht und vereinfacht werden.“ Dieser Herausforderung müssen wir

uns auch in Lüdinghausen stellen. Der vom Bürgermeister ins Spiel gebrachte und vom Rat verabschiedete „Klimakonsens 2032“ kann da nur ein erster Schritt sein. Und bei der Digitalisierung ist unverändert noch sehr viel Luft nach oben!

Umwelt- und Klimaschutz

Nehmen wir das Thema Klimaschutz in all seinen unterschiedlichen Facetten.

Der Antrag unserer Fraktion auf Etablierung eines ökologischen Grünflächenkonzepts und Grünflächenmanagements wurde reflexartig und pauschal abgelehnt. Ein solches Verhalten ist in der Sache schlichtweg nicht nachvollziehbar. Wir hätten in der Sitzung des Umweltausschusses zumindest erwartet, zu einem Kompromiss zu kommen, zumal das Thema ökologische Vielfalt an sich ja nicht kontrovers diskutiert wurde.

Oder aber das Klimaschutzkonzept und insbesondere die Frage des Controllings. Nein, hier kann keine Fraktion hingehen und nach Belieben Festsetzungen treffen, wie in der jüngsten UBKM-Sitzung geschehen. Hier muss schon den Vorgaben des Fördermittelgebers Rechnung getragen werden. Bei DEM zentralen Zukunfts- und Überlebenssthema Klimaschutz scheinen uns in diesem Hause leider immer noch Welten zu trennen.

Kommunaler Wärmeplan: Prima, dass dieser jetzt auf den Weg gebracht und mit nahezu 100.000 Euro auch auskömmlich finanziert ist. Unser Antrag im vergangenen Jahr wurde ja leider noch abgelehnt. Wie sagt der Volksmund: Gut Ding will Weile haben.

Umso erfreulicher werten wir daher das Signal, dass im Endspurt der Etatberatungen von der Mehrheitsfraktion in unserer Richtung gesendet worden ist: Das „Produkt Klimaschutz“ wird wie von der Verwaltung vorgeschlagen mit Mitteln in Höhe von ca. 200.000 EUR ausgestattet. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahresansatz um immerhin 18 Prozent. Und es wird nicht - wie von der CDU zunächst beabsichtigt - gekürzt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass wir uns eine höhere Finanzausstattung gewünscht hätten, um den im Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Betrag in Höhe von 100.000 Euro für Förderprogramme entsprechen zu können. Aber wir akzeptieren, dass vor dem Hintergrund des geringer werdenden Finanzspielraums nicht alle Wünsche erfüllt werden können, insbesondere wenn es um kommunale Förderprogramme geht.

Nach dem neuen EEG können sich die Kommunen künftig 0,2 Euro-Cent je kWh Wind- bzw. Freiflächen-PV-Strom von den Anlagenbetreibern auf ihrem Gemeindegebiet holen. Die Betreiber erhalten dann das Geld vom Bund zurück. Lüdinghausen kann also in diesem Jahr mit rund 50.000 Euro aus dieser neuen Quelle rechnen. Wir finden, dass Lüdinghausen dieses Geld in eine Betreibergesellschaft für Erneuerbare-Energien-Anlagen investieren soll. So lässt sich das Engagement in diesem Bereich kontinuierlich vergrößern und die Einnahmenseite des Etats wächst so von Jahr zu Jahr.

Melanie Vogel

Kommen wir zum Haushalt und der Finanzpolitik

Normalerweise ergeht sich unsere Verwaltung jedes Jahr zur gleichen Zeit in ein wohlbekanntes Wehklagen über die Endlichkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, der prekären wirtschaftlichen Situation und des drohenden Finanzkollaps.

Die Jahresergebnisse zeigen aber seit vielen Jahren, dass trotz-prognostizierten Defizits und Schwarzmalerei der Haushalt i.d.R. mit einem Überschuss abschließen konnte und die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch genommen werden musste. Wir Grünen weisen seit Jahren auf diesen Umstand hin. Wir haben an dieser Art der Berechnung immer Kritik geübt -

weil sie einfach nicht realistisch war. Die Verwaltungsspitze hat das als ungerechtfertigte Kritik an Mitarbeitenden abgeübelt.

Wer jetzt aber den Silvester Klassiker im Kopf hat:

“Same procedure as every year”

der irrt sich. Endlich wurde uns dieses Jahr von der Verwaltung ein beherzterer Etatentwurf vorgelegt mit den Worten: gut für die Menschen, gut für die Zukunft, gut für Lüdinghausen und Seppenrade. Auch das Wehklagen war leiser.

Außerdem freuen wir uns, dass in diesem Jahr der Ansatz für die Gewerbesteuer näher an den Vergangenheitswerten liegt. —Worüber wir rätseln: Treibt die Verwaltung die blanke Not, das erwartete Defizit des Haushaltsplans nicht noch höher ausfallen zu lassen oder etwa die Erkenntnis, genauer und damit transparenter planen zu müssen?

Dennoch sehen wir Grünen, dass die Verwaltung in vielen Bereichen auch unsere Wünsche und Anregungen aufgenommen hat. Es gibt zentrale, wichtige Maßnahmen für eine solidarische Stadtgesellschaft und wir erkennen an, dass mit diesem Entwurf ein Schritt in die richtige Richtung gegangen wird. Wir sehen mehr Mut zur Investition in die richtigen Bereiche, wie etwa in Beteiligungsgesellschaften.

Aber wir betrachten diesen Haushalt auch mit Argusaugen – Papier ist geduldig

Wenn die Handlungen nicht den Worten entsprechen, hat man nichts zu sagen.

Aber bleiben wir vorerst direkt beim Haushalt und seiner Einnahmen- und Ausgabenseite.

Schon lange ist der Haushalt unserer Stadt unterfinanziert. Während die Ausgabenseite durch externe Anforderungen und höhere Personalausgaben belastet wird, haben sich die Verwaltung und die sie stützende Mehrheit in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf der Einnahmenseite auf gute Gewerbesteuerergebnisse und die Einnahmen aus dem Verkauf von Baugrundstücken verlassen. Bisher ging diese Rechnung auf und auch jetzt erreichte die Gewerbesteuererinnahme einen Rekordwert von 17 Millionen Euro. Dass es den Gewerbetreibenden vor Ort sehr gut geht und diese Gewinne verbuchen konnten, ist sehr gut. Sich aber als Stadt völlig abhängig von dem Erfolg der lokalen Betriebe zu machen hat nichts mit einer nachhaltigen Finanzpolitik zu tun. Es ist höchste Zeit, die Einnahmen zu diversifizieren und unabhängiger von diesen Strukturen zu werden. Nur so können wir langfristig die finanzielle Stabilität und Entwicklung unserer Stadt gewährleisten. Wir begrüßen daher das Vorgehen und Streben des Bürgermeisters sich dieser Schieflage, der CDU getriebenen Politik der letzten Jahrzehnte, endlich anzunehmen.

Was die Steuern betrifft, so ist es erfreulich zu sehen, dass Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger vorerst vermieden werden. Etwas was wir Grünen gefordert haben, um die hohe Inflation nicht weiter anzukurbeln.

Ob der Weg einer nachhaltigeren Finanzpolitik wie angekündigt auch umgesetzt wird?

Wir werden es sehen!

Verwaltungshandeln

Ein weiterer Punkt, den wir in der Vergangenheit regelmäßig kritisiert haben, ist, dass das Verwaltungshandeln nicht transparent genug gewesen ist. Da stellt sich die Frage: hat sich daran etwas geändert? Zunächst möchte ich betonen, dass wir Grünen eine transparente Kommunikation und breite Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen für einen wesentlichen Bestandteil einer demokratischen Verwaltung halten.

In einigen Bereichen können wir bei der Verwaltung schon Fortschritte sehen. Dennoch gibt es weiterhin Verbesserungspotenzial, insbesondere in Bezug auf eine umfassende Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Politik. Gerade bei der Burg Wolfsberg hätten wir uns gewünscht, dass vor der Beauftragung eines Gutachtens die Politik mit eingebunden worden wäre, gerade weil aus dem politischen Raum in den letzten Jahren immer wieder Initiativen und großes Interesse gegeben hatte. Wir halten ein solches Vorgehen für ein wenig instinktlos und erhoffen uns gerade bei diesem sensiblen Thema mehr Transparenz und Teilhabe. Noch immer ist nicht klar, inwieweit die Verwaltung mehr macht, als alle paar Wochen zu lüften, wie soll die Bausubstanz dann gesichert werden?

Hier ist die Informationslage dürftig, aber auch da wurde uns zugesagt, in diesem Jahr einen großen Schritt voranzukommen.

Wir behalten das im Auge!

Wohnungspolitik

Eine weitere wichtige Herausforderung ist die Schaffung von Mietwohnraum. Die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft, wie von uns im letzten Jahr gefordert, hätte dazu beitragen können, einiges an Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken und sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Nach der Ablehnung des Antrags von SPD und uns Grünen, auf dem Seppenrader und Lüdinghauser Wohnungsmarkt mit einer Wohnungsbaugesellschaft aktiv zu werden, gibt es weiterhin nicht viele Lichtblicke und vertane Chancen. Um die Wohnungsnot in Lüdinghausen und Seppenrade zu lindern, braucht es aber maximale Ausnutzung von Flächen für Wohnungen. Und auch die Nachrichten von privaten Bauträgern lassen nichts Gutes erwarten: große Projekte in Seppenrade werden abgesagt, weil Zinsen und gestiegene Baukosten Käufer und Bauunternehmen gleichermaßen stranguliert haben. Substanziell hat sich für Mieter und Käufer im vergangenen Jahr nicht viel geändert - nur der Mangel an Wohnraum ist größer geworden.

Auch die Diskussionen um eine angebrachte Unterbringung von Geflüchteten zeigt die Notwendigkeit, hier nicht nur notdürftige Zwischenlösungen zu finden, sondern sich diesem Thema mit der nötigen Weitsicht zu nähern.

Dennoch wurde über dieses Thema wohl in der Verwaltung nachgedacht. Herr Mertens sichert uns in seiner Haushaltsrede zu dieses Jahr einen Vorschlag zur Baulandmobilisierung zu liefern. Außerdem kündigte er an, mehr mit der Wohnbau Westmünsterland eG zusammen zu arbeiten, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Wir haben übrigens im Gespräch mit Herrn Mertens signalisiert, dass wir einer Ausweisung von Wohnbaufläche östlich des Baumschulenweges dann zustimmen könnten, wenn dort nur „Geschosswohnungsbau“ (Mietwohnungsbau, ggf. auch Wohnungseigentum) entwickelt würde.

Ob das alles reicht und inwieweit wir hierdurch die Wohnungsnot wirklich lindern können, bleibt abzuwarten.

Auch hier gilt: Seid versichert, wir behalten das im Auge!

Eckart Grundmann

Hallenbad

Endlich! Im Wirtschaftsplan der Badgesellschaft sind in diesem Jahr 160.000 Euro für das Vergabeverfahren, den Projektsteuerer und Projektplaner eingestellt. Wir erwarten jetzt, dass

diese Mittel auch verausgabt werden, damit der dringend erforderliche Neubau des Bades eingeläutet werden kann. Das Hallenbad muss sämtliche Anforderungen erfüllen, die unser Selbstverständnis erfordert. Wir sind Schul- und Sport- und Gesundheitsstadt. Da stellt sich für uns nicht die Frage, ob wir ein separates Becken für Reha-Angebote benötigen, oder einen 1- sowie 3-Meter Sprungturm. Die Frage nach Sauna oder Fitnessbereich ist da schon etwas kniffliger. Sollten diese Bereiche einen positiven Deckungsbeitrag liefern können, muss die Frage einer Realisierung auch hier mit JA beantwortet werden. Um die mit einem Neubau verbundenen Unwägbarkeiten möglichst klein zu halten, halten wir es für sinnvoll, auf bewährte, bereits realisierte Bauprojekte zurückzugreifen. In der Kreisstadt Leer (Ostfriesland) etwa steht ein neues Hallenbad, dass nach meinem Dafürhalten genau dem entspricht, was wir suchen. Lasst uns doch diesen Bau als „Blaupause“ nutzen, das spart Zeit, Kosten und wir wissen schon vorher, was für unser Geld erhalten.

Burg Wolfsburg

Das Thema Burg Wolfsburg soll jetzt ebenfalls endlich angepackt werden. Im Maßnahmen- und Investitionsplan 2030 ist dieses Vorhaben als „priorisiert“ gekennzeichnet. 50.000 Euro beträgt der Ansatz für einen Städtebaulichen Wettbewerb „Nutzungskonzept der Burg Wolfsburg“. Wir unterstützen das vorbehaltlos, denn erinnern wir uns: Bei den Beratungen 2021 hat unsere Fraktion genau diesen Antrag gestellt. Wir forderten 50.000 Euro für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs für die Folgenutzung der Burg. Besser spät als nie. 10.000 Euro für die Instandhaltung des Gebäudes erscheinen uns zwar als sehr niedrig angesetzt. Hoffen wir darauf, dass er zumindest ausreicht, um einen Substanzverzehr zu verlangsamen.

Fazit

Ich fasse zusammen:

Natürlich wurmt es uns schon irgendwie, dass sich viele Maßnahmen, die wir in der Vergangenheit vergeblich gefordert haben, erst in diesem Jahr in den Maßnahmenlisten wiederfinden:

- Kommunaler Wärmeplan
- Nutzungskonzept Burg Wolfsburg
- Gründung einer Wohnungsbau-Beteiligungsgesellschaft

Aber wir sind vor allem erfreut, dass unsere Impulse nun doch Wirkung gezeigt haben. Diese wie auch der Großteil der vorgesehenen Maßnahmen und Investitionen dieses Jahres sind geeignet, zur positiven Entwicklung unserer Stadt beizutragen. Insbesondere die ersten geplanten Schritte zur Diversifizierung der Einnahmequellen und die verstärkte Bemühung um eine nachhaltige Finanzpolitik verdienen ein gewisses Maß an Anerkennung.

Deshalb können wir Grünen dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 zustimmen. Diese Zustimmung geht allerdings mit einem gehörigen Vertrauensvorschuss einher. Bitte betrachten Sie unsere Zustimmung als eine Art "Bewährungsprobe" für Verwaltung und Mehrheitspartei. Wir erwarten mehr nur als schöne Worte und Absichtserklärungen.

Denn die Umsetzung dieser Pläne stehen ja noch aus. Wir verstehen unsere Aufgabe als größte Opposition darin, das Geschehen genau zu beobachten und immer wieder nachzuhaken, dass die tatsächlich getroffenen Maßnahmen den zuvor erklärten Zielen und Absichten entsprechen.

Wir werden wie stets ein wachsames und kritisches Auge auf die Finanzpolitik, das Verwaltungshandeln, die Wohnpolitik, die Stadtentwicklung und vor allem auf die Klimapolitik haben.

Abschließend danke ich allen, die am Entstehen des Etatentwurfes beteiligt waren und Ihnen, meine Damen und Herren für Ihr Interesse an unseren Ausführungen.

- Es gilt das gesprochene Wort. -

1 **Haushaltsrede für den Haushalt der Stadt Lüdinghausen 2024**

2 **SPD-Fraktion, Niko Gernitz**

3 **Sitzung des Stadtrates am 29.02.2024**



4
5 *Es gilt das gesprochene Wort.*
6

7 Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mertens,

8 sehr geehrter Herr Beigeordneter Helbert,

9 sehr geehrter Herr Kämmerer Heitkamp,

10 sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

11 liebe Ratskolleginnen und -kollegen, meine Damen und Herren,

12 sehr geehrte Vertreter der Presse!

13
14 Hinter uns liegen Haushaltsberatungen, die wirklich bis auf die letzten Tage noch die
15 kleinsten und größten Änderungen bereithielten, viele Diskussionen lostraten und im Alltag
16 entscheidende Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten werden. An dessen
17 Ende steht ein Entwurf der rund 4,6 Mio. Euro Defizit ausweist, was bereits eine
18 Verbesserung darstellt gegenüber dem von unserem Bürgermeister Ansgar Mertens und
19 dem Stadtkämmerer Armin Heitkamp eingebrachten Entwurf im Dezember 2023. Hier waren
20 knapp 6 Mio. Euro als Ausgleich aus der Ausgleichsrücklage vorgesehen. Dieses Sparkonto
21 der Bürgerinnen und Bürger hat 2023 einen Wert von knapp unter 40 Mio. Euro erreicht.
22 Selbstverständlich kann man sich eine Ausgleichsrücklage nicht als sofort verfügbares
23 Guthabenkonto vorstellen, aber beachtlich ist diese Zahl tatsächlich. Die Stadt Lüdinghausen
24 übersteigt damit bei weitem Sphären, die andere NRW-Kommunen erreichen. Gründe für
25 die hohe Ausgleichsrücklage findet man in Verschiebungen von geplanten Bauvorhaben,
26 offene Stellen und den sprudelnden Steuereinnahmen. Dem gegenüber stehen
27 Kreditverpflichtungen in Höhe von gerade einmal 111 Euro pro Kopf, denn Lüdinghausen
28 und Seppenrade konnten die immensen Investitionen der Vergangenheit – man nehme die
29 Stadtlandschaft, die Schulbauten, die Innenstadtssanierung, die Leistungssporthalle, die

30 Wolfsschlucht und vieles mehr – mit laufenden Einnahmen finanzieren und mussten keine
31 Investitionskostenkredite aufnehmen, gleichwohl teilweise bis zu 11 Mio. Euro
32 Kreditaufnahme vorgesehen waren. Die Abrechnung für 2023 liegt noch nicht vor, auch
33 letztes Jahr war schon ein Griff in die Ausgleichsrücklage vorgesehen. Dennoch wird es wohl
34 wieder so geschehen, dass die Ausgleichsrücklage wächst. Für die SPD-Fraktion ist klar: Eine
35 Ausgleichsrücklage ist für jene Jahre da, die schwieriger sind und den Menschen finanziell
36 einiges abverlangen, wodurch auch der Blick in die Stadtkasse mau ausfällt. Ein solches Jahr
37 haben wir jetzt schon öfter gehabt. Es soll nicht bedeuten, dass wir in der Vergangenheit
38 hätten Defizite um der Defizite Willen machen sollen, aber wir wünschen uns schon mehr
39 Mut der Stadtkasse finanziell mehr zuzutrauen und den Bürgerinnen und Bürgern – gerade
40 jetzt – auch mal weniger.

41 Diese Veränderung von 1 Mio. Euro im Haushaltsplan für 2024 hat durchaus zu bedeuten,
42 dass Ausgaben nicht getätigt werden und Einnahmen neu veranschlagt wurden. Dass man
43 die Erhöhung der Grundsteuern nicht verfolgt hat, ist aus Sicht der SPD-Fraktion absolut
44 richtig und schließt sich an die Argumentation für mehr Mut und Ausdauer an. Allerdings
45 sind mit der Erhöhung der Parkgebühren und der Hundesteuer Entscheidungen getroffen
46 worden, die wenig von einem planvollen Vorgehen erkennen lassen, sondern viel mehr an
47 eine Affekthandlung erinnern. Diese politischen Standpunkte konnten in der Schnelle gar
48 nicht in die Mitte der Stadtbevölkerung vordringen und werden daher für viel Überraschung
49 und sicherlich in Teilen auch für Verärgerung sorgen, da sie öffentlich kaum einer
50 Willensbildung entbehren, da die Entscheidungen über die Erhöhungen mit diesem
51 Haushaltsplan gefällt sein werden. So treffen die Erhöhungen von Parkgebühren und
52 Hundesteuer nicht nur auf das allgemein hohe Kostenniveau seit Beginn des Angriffskriegs
53 Russlands auf die Ukraine. Familien sehen sich auch mit der Belastung durch deutlich
54 höherer Kita-Gebühren ab August konfrontiert. In Richtung Kreis Coesfeld und Kreistag
55 senden wir da eine eindeutige Absage.

56 Kurzerhand hat die Ratsmehrheit auch Maßnahmen am Bauhof gesperrt und
57 Beratungsgebühren gekürzt, wobei gerade diese in einem Jahr, in welchem wir vor allem in
58 den Sachfragen Hallenbad und Windkraftausbau hohe externe Kompetenzen benötigen
59 werden, eben solche nötig werden könnten. Die Kürzung um einen – gefühlt – Zufallsbetrag
60 wirkt wie ein Schnellschuss, jenes Zahlenwerk zu korrigieren, das unserer SPD-Fraktion bei
61 dessen Vorlage durchaus plausibel erschien. Glücklicherweise bleiben Lüdinghausen und

Seppenrade in diesem Jahr andere pauschale Einsparungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen erspart, die CDU und FDP im vergangenen Jahr verzapft haben, worunter vor allem Bildungs- und Sozialeinrichtungen sowie die Stadtverwaltung zu leiden hatten, weil z.B. Lehrwerke für die Schulen nicht angeschafft oder die Ausstattung für Kindertageseinrichtungen nicht bezahlt werden konnte: Ein Unding in einer eigentlich so reichen Stadt.

Einiger und durchaus zielstrebig zeigt sich unsere Fraktion nunmehr bei der Auslotung von Potentialen beim Abwasserwerk. Die veranschlagten Ausschüttungen von Überschüssen an den städtischen Haushalt können zu einer Stabilisierung der Haushaltslage beitragen. Diskutierte Anpassungen der Entnahmen sollten in 2024 geprüft werden. Wir sind offen dafür, um auf der anderen Seite Zukunftsinvestitionen finanzieren zu können.

Mut für Investitionen in Bildung und Soziales

Diese Undinge geschehen 2024 nicht erneut. Das ist gut. Denn für Lüdinghausen und Seppenrade stehen im Bildungs- und Sozialbereich wichtige Weichenstellungen voraus, die wir als SPD-Fraktion mit voller Überzeugung mittragen. Die fortlaufende Sanierung der Sekundarschule, die Fertigstellung der Ludgeri-Grundschule, die neue Sanierung und Erweiterung der Marien- und Ostwallgrundschule, um sie fit für die OGS zu machen, sind sehr zentrale und unterstützenswerte Vorhaben, die die Stadt mit wenigen Zuschüssen vom Land und vielen Eigenmitteln finanzieren darf – Vorsicht Ironie. Wir freuen uns aber wirklich über den politischen Konsens: Für unsere Kleinsten nur das beste! Dass der Gedanke nicht durchgehend gilt, hat die allein von der CDU-Mehrheit abgelehnte Anpassung der Stunden für Schulsozialarbeit an Grundschulen gezeigt. Noch nie haben wir es erlebt, dass die Grundschulen die Anpassung so explizit an den Ausschuss gerichtet haben. Der Vorschlag war maßvoll und sicherlich auch sachgerecht. Was an Schulen dieser Tage passiert, ist eine unglaubliche Situation, in der Lernen immer weiter in den Hintergrund gerät. Wir sind uns sicher, dass das beschlossene Berichtswesen zu keiner anderen Erkenntnis führen wird, außer dass wir später handeln als nötig: Vor dem Schuljahr 2025/26 ist also sicherlich keine d Besserung in Sicht: Schade!

Die Unterstützung von Vereinen soll auf neue Beine gestellt werden. Die spontanen Anträge von Reit- und Ruderverein haben den Ausschuss noch mit positiver Entscheidung passiert,

jedoch möchten wir uns für die Zukunft Regeln geben, wer wann Gelder erwarten kann, damit Gleichheit und Planbarkeit herrscht. Das ist sehr gut. Denn gerade bei diesen Haushaltsberatungen wurde jede Zahl mehrfach gedreht und diskutiert. Dennoch freuen wir uns gerne mit den Engagierten und Ehrenamtlern in dieser Stadt und haben im gleichen Sinne auch die Anpassung der Übungsleiterpauschalen bei der lokalen Sportförderung gefordert, um den Vereinen unter die Arme zu greifen.

Leer gingen hingegen die Tierfreunde aus, die einen geringen Sockelbetrag für die Aufnahme von Fundkatzen forderten. Uns ist bewusst, dass die laufenden Verträge mit der Aufnahmestation in Nordkirchen die Versorgung an dieser Stelle erforderlich machen. Doch für viele Menschen in Lüdinghausen und Seppenrade sind die Tierfreunde ein bekannter Ansprechpartner und nicht wenige glauben, dass dies eine öffentliche Institution sei. Uns bleibt daher mit diesem Haushaltsjahr nur der Dank für das Engagement.

Engagiert zeigen sich Politik und Verwaltung auch weiterhin beim Zeitplan für den Neubau unseres Hallenbades. Die Grundsatzentscheidung begrüßen wir weiterhin sehr. Wir erkennen, dass das Jahr 2024 hier das Fundament bilden wird, das wir in den nächsten Jahren bebauen werden. Ein durchgängiger Bäderbetrieb ist uns sehr wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich Mitsprache und haben unter anderem mit Anregungen die Ausgestaltung nicht nur bei einem Funktionsbad zu belassen. Diesen Gedanken trägt auch unsere Fraktion fort. Die Zahlen sind dafür nicht im aktuellen Haushaltsplan zu finden, jedoch in der Badgesellschaft, die jedoch auf Zuschüsse vom städtischen Haushalt angewiesen sein wird.

Mut für Investitionen in Infrastruktur und Stadtentwicklung

Zuvor rücken Investitionen an anderer Stelle in den Vordergrund. Dazu gehört vor allem auch unsere Infrastruktur und die Stadtentwicklung. Warum die CDU darauf drängte, den Rahmen für Investitionskredite zu begrenzen und damit das Vertrauen in die Verwaltung ihres Bürgermeisters und auch die Liquidität zu drosseln, bleibt unserer Fraktion unklar. Wer hier begrenzen möchte, muss auch sagen, welche Investitionen ausfallen sollen. Nach einigen Korrekturen ist nun klar, dass der Ansatz etwas sinkt. Nichtsdestotrotz bleiben viele Investitionen notwendig: Grunderwerb für Wohnen und Arbeiten, eine echte Investition in den verkehrsberuhigten Ausbau der Stadtfeldstraße, die Planungen für eine Ostumgehungs-

124 der barrierefreie Umbau von Haltestellen, der Park der Generationen an der Musikschule,
125 endlich die neuen Umkleiden für Union Lüdinghausen am Stadion sowie das
126 Feuerwehrgerätehaus in Seppenrade – um nur eine Auswahl zu nennen. In Lüdinghausen
127 und Seppenrade fließen hohe öffentliche Investitionen für eine gute Zukunft in dieser Stadt.
128 Ein daneben eher kleineres, aber bedeutendes Projekt war für unsere Fraktion die Schaffung
129 nutzerfreundlicher Fahrradabstellanlagen am Bahnhof. Hier ist zwar die Grundidee
130 beschlossen worden, diese unter Hinzunahme der gegebenen Fördermittel in 2024 zu
131 planen. Jedoch hätten wir uns angesichts des Ist-Zustands mehr Rückenwind für diese Idee
132 gewünscht.

133 Ebenso wichtig ist auch, dass wir neuralgische Gefahrenstellen unserer Verkehrsinfrastruktur
134 ausbessern. Der Kreisverkehrsplatz am Rott war lange Zeit ein Gefahrenpunkt und soll nun
135 durch einzelne Maßnahmen sicherer werden. Das ist zu begrüßen. Allerdings macht die SPD-
136 Fraktion schon lange deutlich, dass eine einheitliche Gestaltung der Kreisverkehrsanlagen im
137 Stadtgebiet wünschenswert wäre und einen echten Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten
138 würde. Wir erkennen die schwierige Situation hinsichtlich der innerörtlichen und
139 außerörtlichen Lage, aber sehen hier bei jeder kommenden Maßnahme das Potential, auch
140 Straßen NRW Verbesserungsideen mit auf den Weg zu geben, wenn sie denn in Zukunft
141 etwas offener sein mögen als bisher.

142 Stadtentwicklung bedeutete in den vergangenen Jahren in Lüdinghausen auch immer
143 Innenstadt- und Dorffinnen-Entwicklung. Das sich hier viel tut ist absolut zu begrüßen. Für
144 künftige Bauvorhaben auf städtischem Grund möchte unsere Fraktion den dringenden
145 Appell an alle richten, die guten Erfahrungen mit städtebaulichen Wettbewerben
146 fortzusetzen und eine breite öffentliche Beteiligung nicht zu scheuen.

147

148 **Mut für schwere Entscheidungen und neue Wege**

149 Die Stadt Lüdinghausen macht sich auch auf, neue Wege zu gehen. Die Idee im Rahmen einer
150 Beteiligungsgesellschaft einerseits öffentliches Vermögen zu schaffen und zugleich in den
151 Klimaschutz zu investieren, halten wir für äußerst gelungen – wenn gleich auch nicht neu, hat
152 die SPD doch schon in den 00er-Jahren ein solches Format für den Ausbau der Solarenergie
153 im Stadtgebiet ins Spiel gebracht. Daher kann man das nur eine gute Idee nennen, die unsere
154 Fraktion – auch verbunden mit den Ausgaben im diesjährigen Haushalt und den kommenden

155 Plänen – unterstützen wird. Das sind neue Wege, die wir gehen, und die uns helfen werden,
156 solide, nachhaltige Finanzen abseits des Zwangs, immer neues Wohnbauland im Sinne der
157 Stadtfinanzen zu vermarkten, zu schaffen.

158 Mehr Mut für schwere Entscheidungen würden wir uns auch beim öffentlichen Wohnungsbau
159 wünschen. Zwar ist unser gemeinsamer Antrag mit der Grünen-Fraktion seinerzeit abgelehnt
160 worden, dennoch sehen wir uns ohnehin als Stadt immer stärker damit konfrontiert,
161 Wohnraum zu schaffen. Im konkreten Fall geht es in 2024 wohl vor allem um
162 Flüchtlingsunterkünfte. Das vorausschauende Vorgehen der Vergangenheit bedeutete für
163 Lüdinghausen und Seppenrade, dass Notunterbringungen in Sporthallen oder ähnliches, was
164 man in anderen Kommunen sieht, erspart blieb. Das ist auch für die Zukunft wünschenswert.
165 Wir werden hier mutige Entscheidungen treffen müssen, die womöglich mit dem heute zu
166 beschließenden Haushalt nicht zu Ende gedacht sind. 1,5 Mio. Euro sind veranschlagt und
167 könnten womöglich nicht ausreichen. Wir möchten aber unterstreichen, dass es hier um
168 Menschen geht, die eine würdige Unterbringung verdienen. Die Menschen haben auf dem
169 Lüdinghauser Marktplatz Flagge gezeigt und sich für die Einhaltung der Menschenwürde
170 ausgesprochen. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass wir die Rahmenbedingungen
171 dafür schaffen und die Stadtverwaltung in der Flüchtlingsunterbringung vor keine unlösbare
172 Aufgabe gestellt wird. Ebenfalls darf es die Menschen in dieser Stadt nicht weiter
173 herausfordern, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Eben in diesem Sinne möchten wir auch
174 als SPD-Fraktion die Kraftanstrengungen für mehr sozialen und bezahlbaren Wohnraum
175 forciert wissen. Beschlossene Siedlungsentwicklungen werden wir daher nun mehr
176 konstruktiv begleiten, um diesem Ziel gerecht zu werden.

177

178 Zum Abschluss dieser Haushaltsrede möchte sich unsere Fraktion beim Bürgermeister sowie
179 beim Stadtkämmerer und seinem Team für die Vorbereitung und Durchführung der
180 diesjährigen Haushaltsberatungen bedanken. Wir wissen, es war diesmal besonders
181 schwierig. Doch heute befinden wir uns auf der Zielgeraden. Wir hoffen, dass das
182 Haushaltsbuch in seiner Breite möglichst viel Umsetzung erfährt, damit die geplanten
183 Zukunftsinvestitionen möglichst schnell bei den Menschen dieser Stadt ankommen werden.

184

185 Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

186 Sehr geehrte Stadtverwaltung,

187 Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

188 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

189 Die SPD-Fraktion hat Bauchschmerzen bei einigen Schnellschüssen, die diese
190 Haushaltsberatungen mit sich brachten und kann diesen im konkreten Einzelfall nicht
191 unterstützen. Auch die Ablehnung des kleinen Ausbaus der Schulsozialarbeit an Grundschulen
192 kann unsere Fraktion nicht nachvollziehen. Da aber die Menge an wichtigen Investitionen in
193 unsere Zukunft überwiegen und die SPD-Fraktion bei dem geplanten Griff in die
194 Ausgleichsrücklage eine bessere Entwicklung erwartet und keinen Grund zur zuletzt
195 verbreiteten Panik erkennen kann, soll der Haushaltsplan mit unseren Stimmen gestärkt in die
196 Umsetzung starten, um Lüdinghausen und Seppenrade mutig voranzutragen.

197 **Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2024 daher zu.**

198

199 ***Es gilt das gesprochene Wort.***

Haushaltsrede 2024 der FDP Fraktion im Rat der Stadt Lüdinghausen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

im Dezember wurde uns wie jedes Jahr ein umfangreiches Werk zur Beratung vorgelegt, welches mehr oder weniger konkret und mehr oder weniger genau aufzeigt, welche Ausgaben im jetzt bereits laufenden Kalenderjahr geplant sind.

Tatsächlich gilt für diesen Haushalt, wie für so vieles im Leben, dass sich gefühlt alles viel schneller verändert als früher und dass die Dinge, die man vor wenigen Tagen oder Wochen noch angenommen hat, längst überholt sind und inzwischen ganz andere Voraussetzungen gelten.

Auch die Einflüsse von außen ändern sich ständig:

Am Donnerstag vergangener Woche musste Bundeswirtschaftsminister Habeck verkünden, dass das Bruttoinlandsprodukt in 2024 nicht, wie noch im Dezember prognostiziert, um 1,3% wachsen wird sondern mit nur 0,2 % quasi ein Nullwachstum zu erwarten ist. In immer mehr Betrieben, gerade in der Automobilzulieferindustrie, gehen die Firmen in Kurzarbeit, weil keine Aufträge mehr da sind.

Gleichzeitig verhindert die CDU im Bundesrat die Verabschiedung des dringend benötigten Wachstumschancengesetz, welches die Betriebe in Deutschland um Milliarden entlasten würde. Vor dem Hintergrund müssen wir darauf vertrauen, dass unsere lokalen Wirtschaftsunternehmen stark genug sind, um auch in 2024 den städtischen Haushalt mit ihren Gewerbesteuern maßgeblich mitzufinanzieren. Immerhin geht der Haushaltsentwurf von einer Rekordsumme in Höhe von 16,6 Mio. € bei der Gewerbesteuer aus.

Krieg und Flucht sind leider auch in diesem Jahr Faktoren, die sich negativ auf unseren Haushalt auswirken.

Neben dem Leid, dem die Kriegsflüchtlingen durch die Trennung von ihrer Familie ausgesetzt sind, immer mit der Ungewissheit, wie es den Familienangehörigen irgendwo auf der Welt geht, hat die Anzahl der Geflüchteten natürlich auch einen Einfluss auf unseren Haushalt. Die Mittel, die in die Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten gesteckt wird, summiert sich inzwischen auch schon auf mehrere Millionen Euro. In der jüngsten Sitzung des HFA wurden auf Wunsch der Verwaltung zusätzliche 250.000€ für weitere Wohnmöglichkeiten in den Haushalt eingestellt. Diesem Haushaltsposten stimmen wir zu. Wir sind uns zwar der Belastung für den Haushalt bewusst, aber wir können und wollen diesen Menschen unsere Hilfe nicht verweigern und ich bin froh, dass wir es in Lüdinghausen bis jetzt immer geschafft haben, eine Unterbringungsmöglichkeit zu finden und keine Turnhallen oder ähnliches für die Unterbringung zu benötigen.

Herzlich möchte ich mich bei Allen bedanken, die beruflich oder ehrenamtlich mit viel Engagement, viel Zeit und viel Herz diesen geflüchteten Menschen helfen, bei uns eine neue Heimat -ob auf Zeit oder für immer – zu finden.

Gleichzeitig appelliere ich aber auch an die schwarz-grüne Landesregierung in Düsseldorf, den Weg frei zu machen für eine Bezahlkarte für Asylbewerber. Wenn Bund und Länder sich auf eine solche

Karte einigen, dann dürfen die Kosten nicht an den Kommunen hängen bleiben. Hier erwarten wir eine schnelle Kursänderung, damit wir auch in Lüdinghausen schnell eine deutliche Reduzierung der Bürokratie rund um den Leistungsbezug spüren und somit auch in diesem Bereich Kosten einsparen können.

Auch im Bereich der Schulen wirkt sich die Gesetzgebung auf unseren Haushalt aus: In den nächsten Jahren müssen sowohl die Marienschule in Seppenrade als auch die Ostwallschule erweitert werden, um den gesetzlichen Anspruch auf einen Ganztagsplatz zu erfüllen. Wir werden im Bereich der Schulen und der Bildung nicht sparen. Wir investieren hier in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Gleichwohl stehen einer geplanten Investition von 8,2 Millionen Euro eine Landesförderung von 968.000€ gegenüber. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Lassen Sie mich bei den geplanten Investitionen in diesem und in den Folgejahren bleiben:

Wie gesagt befürworten wir die weiteren Investitionen in unsere Schulen und in unsere Bildungseinrichtungen, die in diesem Jahr und den Folgejahren insgesamt weitere 16 Millionen Euro ausmachen werden. Auch die Investitionen in den Ausbau und die Erneuerung unserer Sportanlagen gehören an dieser Stelle erwähnt. Diese Investitionen sind keine Selbstverständlichkeit, aber wir können und wollen uns auch diese Investitionen leisten. Dazu gehört auch, dass wir in Seppenrade im Rahmen dieser Schulerweiterung auch Räume für Vereine und Gruppen im Herzen des Dorfes schaffen. Wir können somit einen langjährigen und immer wieder geäußerten Wunsch aus der Bevölkerung erfüllen.

Wir begrüßen die weitere Umsetzung der Regionale- und ISEK-Projekte in der Innenstadt. Lüdinghausen mit seinen tollen, inhabergeführten Geschäften, mit einer gepflegten Fußgängerzone, mit den Burgen und der Stadtlandschaft ist ein Anziehungspunkt für Gäste aus nah und fern. Mit fast 60.000 Übernachtungen im Jahr 2023 hat Lüdinghausen einen Zuspruch erfahren, den wir selbst in den besten Vor-Corona-Zeiten nicht hatten. Und auch die Befragung im Rahmen des Markenprozesses hat es gezeigt: das Flair der Stadt, das Stadtbild und die Innenstadt sind wesentliche Faktoren der Attraktivität. Hier müssen wir weiter investieren und hier müssen wir gemeinsam mit allen Beteiligten – allen voran Lüdinghausen Marketing – Konzepte weiterentwickeln und vielleicht auch neue Formate schaffen, um unsere Innenstadt lebendig zu halten und Kaufanreize zu schaffen. Beispielhaft seien die Bauernmärkte genannt, die in diesem Jahr von der Anzahl reduziert werden, die aber jeweils unter ein bestimmtes Thema gestellt werden, um das Profil einer solchen Veranstaltung zu schärfen.

Vielen Dank an das Team von Lüdinghausen Marketing, dass es immer wieder schafft mit neuen Ideen und viel Einsatz – auch zeitlichem Einsatz, wenn andere feiern – tolle Veranstaltungen auf die Beine zu stellen und unsere Stadt nach außen gut zu vermarkten.

Manchmal sind es aber auch die kleinen Dinge, die zu einem guten Erscheinungsbild beitragen und wir sind gespannt, wie es mit der Gestaltung der Strom- und Postverteilkästen im Stadtgebiet weitergeht. Die Verwaltung hatte ja im GOS zu unserem Antrag einen Zwischenstand gegeben und wir freuen uns darauf, dass die Schulen und die weiteren Beteiligten diese grauen Flecken in der Stadt bald verschwinden lassen werden.

Unter dem Strich bleibt aber eine Finanzierungslücke von mehr als 11 Millionen Euro bei den geplanten Investitionen. Diese Lücke kann nur durch die Aufnahme von Krediten gestopft werden und es sollte jedem klar sein, dass wir uns das auf Dauer nicht leisten können.

Kommen wir weg von den Investitionen, hin zu den Aufwendungen. Wie bereits von den anderen Fraktionen angesprochen, sieht der Haushaltsentwurf Aufwendungen in Höhe von fast 75 Millionen Euro vor. Dem stehen Erträge in Höhe von knapp 70 Millionen Euro gegenüber. Im Entwurf steht dazu erläuternd der Satz: „Zum Haushaltsausgleich ist die Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen.“ Diese Rücklage, quasi das Sparbuch der Stadt, ist gut gefüllt. Es muss uns aber zu Denken geben, dass der Bürgermeister dieses Sparbuch in den nächsten Jahren um 19 Millionen Euro verringern will bzw. muss, weil die Aufwendungen aus der Verwaltungstätigkeit immer größer werden. Klarheit bringt hier ein Blick in das NKF Kennzahlenset:

- Die Drittfinanzierungsquote sank in den letzten Jahren auf unter 60%. Auch wenn es im Haushaltsentwurf heisst, dies sei eine hohe Quote und diese sei positiv zu bewerten, so merken wir doch, dass die Zeiten üppiger Förderungen vorbei sind – siehe weiter oben die Zuschüsse zum Ganztagsausbau.
- Der Anteil der Personalaufwendungen steigt jährlich an, im Jahr 2024 immerhin auf 21,2 %. Um das zu verbildlichen: Mehr als jeder fünfte Euro, den die Stadt aufwendet, wendet sie für das Personal auf. Hierzu heisst es im Haushaltsentwurf: „Die Personalintensität... zeigt sich im Zeitvergleich relativ moderat.“ Der Zeitvergleich im Entwurf sind die Jahre 2022 bis 2024, und relativ moderat meint in Euro-Beträgen ein Plus von 2,7 Mio. Euro in diesen 2 Jahren. Richtig ist, dass der Stellenplan in diesem Jahr um 1,48 Stellen reduziert wurde. Ich gestehe, dass mir der genaue und tiefe Einblick in die Amtsstuben fehlt, um hier und jetzt konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie wir von den hohen Personalaufwendungen wegkommen. Wir müssen uns aber diesem Thema stellen und das in Ruhe und sorgfältig beraten – wir dürfen damit nicht bis zu den Haushaltsberatungen 2025 warten!
- Erfreulicherweise sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gesunken. Nachdem FDP und CDU im letzten Jahr eine pauschale Kürzung in Höhe von 750.000€ beschlossen hatten, sinken die Aufwendungen im Haushaltsansatz auch in diesem Jahr um knapp 700.000€. Allerdings, so steht es im Haushaltsentwurf, nicht weil die Stadtverwaltung die Zeichen der Zeit erkannt hat und anfängt zu sparen, sondern weil vor allem die Energiekosten im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedriger sind und entsprechend niedrigere Zahlen zulassen. Wie schon bei den Personalkosten angesprochen, müssen wir auch hier tätig werden und uns gemeinsam eine Strategie erarbeiten, wie wir diesen Posten dauerhaft und deutlich absenken. Die Reduzierung der Sachverständigen- und Beratungskosten um 57.000€, wie die CDU es beantragt hatte, haben wir deshalb im HFA unterstützt. Gleichwohl, es kann nur der erste Schritt sein.
- Insgesamt müssen wir mit Blick auf den sogenannten „Aufwanddeckungsgrad“ feststellen, dass dieser von mehr als 100% auf nur noch 90,8% in diesem Jahr gesunken ist. Auch hier wieder ein Zitat aus den Erläuterungen: „Zur Sicherstellung einer dauerhaften Aufgabenerfüllung der Stadt Lüdinghausen ist ein Wert von 100% anzustreben.“ Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, dem müssen wir uns stellen!

Der Aufwanddeckungsgrad gibt also wieder, wie das Verhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen ist. Zu den Erträgen gehören im wesentlichen Steuern und Abgaben, Zuweisungen und Leistungen von Land und Bund aber natürlich auch Gebühren, die im Bürgerbüro, beim Parken usw. anfallen.

Dabei machen die Steuern und Abgaben insgesamt 40,4 Mio. Euro aus. Nun hat der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede verkündet – ich zitiere: „Deshalb sehen wir in diesem Jahr davon ab, Ihnen Steuererhöhungen vorzuschlagen, weil wir der Meinung sind, in dieser Situation keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die privaten Haushalte erzeugen zu dürfen. Wir stellen ganz ausdrücklich die Interessen der Menschen in Lüdinghausen in den Mittelpunkt dieser

Entscheidung – mit dem Wissen, dass der städtische Haushalt das auf Dauer nicht verkraften kann.“

2 Monate später, in der letzten HFA-Sitzung vor der Haushaltsverabschiedung schlägt dann die Verwaltung eine Erhöhung der Hundesteuer um fast 40% vor. Davon wären ca. 2.000 Bürgerinnen und Bürger betroffen. Um bei konkreten Zahlen zu bleiben: eine Erhöhung von 28 €, wenn Sie nur einen Hund haben, eine Erhöhung von ca. 40 € pro Hund, falls Sie mehr als einen Hund haben. Wir sind ja zu Vielem bereit, und wie ich bereits sagte, uns ist die herausfordernde Situation durchaus bewusst. Und ja, wir wissen, dass es auch die kleinen Bausteine sein werden, die unser finanzielles Fundament für die Zukunft abstützen. Deshalb haben wir auch der Anpassung der Parkgebühren zugestimmt.

Aber: Eine Steuererhöhung, die im Kleingedruckten der dritten Änderungsliste zum Haushalt eine Woche vor der Haushaltsverabschiedung auftaucht, die nur einen Teil der Bevölkerung trifft und die für sich gesehen keine deutliche Verbesserung für den Haushalt bringt, lehnen wir ab, ganz so, wie ja auch der Bürgermeister vor 2 Monaten noch eine Steuererhöhung abgelehnt hat. Um auch das Thema Steuern nochmal in Zahlen zusammenzufassen: eine Anpassung der Grundsteuern A und B, die fast jeden Einwohner Lüdinghausens treffen würde, um eine ähnliche Summe, also 30 €, hätte dem Haushalt einen zusätzlichen Ertrag von ca. 400.000 € gebracht. Eine Einnahme, auf die auch unsere Fraktion bewusst verzichtet hat – die Begründung hat der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede ja geliefert.

Also: Neben der Aufwandsseite muss auch die Ertragsseite untersucht werden und wir müssen auch in einem offenen und konstruktiven Austausch über Steuererhöhungen sprechen – nicht nur über die Hundesteuer. Die CDU-Fraktion hat es wunderbar verklausuliert in einer Pressemitteilung im Januar verkündet: „Ganz ausschließen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch unpopuläre Entscheidungen auf der Einnahmeseite nicht.“ – es mag natürlich sein, dass damit nur die Hundebesitzer gemeint waren.

Ich möchte zum Ende kommen: Uns liegt ein Haushalt vor, in dem viele investive Maßnahmen aufgeführt sind, die wir unterstützen. Es sind aber auch Maßnahmen vorgesehen, die wir in der aktuellen Situation für nicht angemessen und notwendig halten. Auch geht einem Teil unserer Fraktion die Sparbemühungen der Verwaltung nicht weit genug, vor allem was die Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen angeht. Aus diesem Grund werden unsere Fraktionsmitglieder auch in diesem Jahr nicht einheitlich abstimmen.

Unser Dank geht abschließend an Herrn Heitkamp und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die intensive und wie immer sehr sorgfältige Arbeit, die in diesem Haushaltsentwurf steckt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.